

21.09.2026

Sehr geehrte Frau...,

Sehr geehrtes Referat zur Mitkenntnis,

die wichtigsten Punkte vorab:

- In der kommenden Ratsarbeitsgruppe am 23.09.2026 werden unter anderem die Änderungen der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 diskutiert. Das zuletzt hierzu veröffentlichte Dokument trägt die Referenz [PE789.874](#). Die Verfahrensnummer lautet 2025/0237 (COD). Im Folgenden möchten wir hierzu einige Aspekte einbringen:
- **Im Rat sollte einer Ausweitung staatlicher Marktinterventionen entgegengetreten werden.** Diese müssen weiterhin auf absolute Ausnahmesituationen begrenzt bleiben und sollten nicht ausgeweitet werden.
- **Der aktuelle Vorschlag des Berichterstatters Eric Sargiacomo, Interventionsschwellen an 80 Prozent der durchschnittlichen Produktionskosten auszurichten, birgt erhebliche Haushalts- und Marktrisiken (siehe Anhang).**
- **Als marktwirtschaftliche Alternative könnte der Rat die Förderung präventiver Preis- und Margenabsicherungen in die GMO aufnehmen.**
- **Hier besteht großer Handlungsdruck:** Werden die Interventionsinstrumente jetzt ausgeweitet, drohen dauerhaft höhere Belastungen des EU-Haushalts sowie Fehlanreize für Produktion und Vermarktung.

Staatliche Marktinterventionen können bei außergewöhnlichen und schwerwiegenden Marktstörungen als zeitlich begrenztes Sicherheitsnetz notwendig sein. Werden sie jedoch regelmäßig oder bereits bei üblichen Preisschwankungen ausgelöst, beeinträchtigen sie die Preisbildung durch Angebot und Nachfrage. Mögliche Folgen sind, neben hohen Kosten für die EU, mögliche Überproduktion, hohe Ankauf- und Lagerkosten, eine Abkopplung der EU-Preise vom Weltmarkt sowie eine sinkende internationale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Agrar- und Lebensmittelprodukte. Auch die OECD warnt vor markt- und handelsverzerrender Preisstützung und empfiehlt eine stärkere Ausrichtung der Agrarpolitik auf Resilienz und Risikomanagement. [loecd.org](https://www.oecd.org/).

Vor diesem Hintergrund ist kritisch zu bewerten, dass in der europäischen Diskussion darüber hinaus verstärkt ein Ausbau staatlicher Marktsteuerung gefordert wird. Der Berichterstatter des Europäischen Parlaments, Eric Sargiacomo, schlägt unter anderem vor, die Referenzschwellen für Interventionen an rund 80 Prozent der durchschnittlichen Produktionskosten auszurichten und sie zusätzlich für Schutzmaßnahmen sowie Importbegrenzungen in Überproduktionskrisen heranzuziehen.

Der DRV schlägt deshalb vor, im Rat eine **marktwirtschaftliche Alternative einzubringen: Die GMO könnte beispielsweise nicht nur Maßnahmen bei bereits eingetretenen Marktstörungen ermöglichen, sondern noch stärker präventives Preis- und Margenrisikomanagement fördern.** Landwirte könnten dadurch künftige Verkaufspreise und wichtige Produktionskosten absichern und die Folgen starker Marktschwankungen eigenverantwortlich begrenzen. Die Verantwortung würde dadurch weiter von der EU auf den Landwirt verlagert und die Kosten durch gezielte Präventionsmaßnahmen insgesamt gesenkt werden. Diese Einbindung könnten beispielsweise über den **Artikel 219 GMO** erfolgen.

Dazu sollten insbesondere der Zugang zu Absicherungsinstrumenten verbessert, Beratungsangebote gefördert, regulatorische Hemmnisse abgebaut und Sicherheiten für Warentermingeschäfte mit einem realen landwirtschaftlichen Grundgeschäft unterstützt werden. Solche Instrumente sind in Teilen des Ackerbaus und der Milchwirtschaft bereits etabliert.

Unser Vorschlag für die anstehenden Rats-Gespräche lautet daher: Staatliche Interventionen als eng begrenztes Kriseninstrument erhalten und dafür das Preis- und Margenrisikomanagement nach dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ als präventiven Baustein in der GMO verankern.

Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.